

**KONZEPTPAPIER**

# SUFFIZIENZ

Das gute Leben



# SUFFIZIENZ – DAS GUTE LEBEN

---

## Inhalt

<b>Suffizienzpolitik: Grüne Rahmenbedingungen für mehr Nachhaltigkeit</b> .....	3
<b>I. MOBILITÄT</b> .....	4
<b>II. MATERIALVERBRAUCH</b> .....	7
<b>III. ENERGIE</b> .....	10
<b>IV. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG</b> .....	13
<b>V. FLÄCHENVERBRAUCH</b> .....	16
<b>VI. BAU UND WOHNEN</b> .....	18
<b>VII. TOURISMUS &amp; FREIZEIT</b> .....	21
<b>Quellenangaben</b> .....	23

# SUFFIZIENZ: DAS GUTE LEBEN

---

## Suffizienzpolitik: Grüne Rahmenbedingungen für mehr Nachhaltigkeit

Wann ist weniger genug? Wie kann langsamer zielführend sein? Was ist Wohlstand? Jede und jeder kann diese Fragen nur für sich selbst beantworten. Denn das richtige Maß an Dingen ist eine sehr persönliche Entscheidung. Dennoch müssen wir diese Entscheidung im Rahmen der Tragfähigkeit unserer Umwelt treffen. Verbrauchen wir zu viele Rohstoffe oder verschmutzen wir unseren Planeten im Übermaß, so leben wir auf Kosten des Glücks anderer – Bewohner\*innen anderer Länder, Kontinente oder zukünftiger Generationen, unserer Mitbürger\*innen und unserer Kinder. Gleichzeitig können wir in kurzer Zeit auch unsere eigene Lebensgrundlage zerstören. Der deutsche Lebensstil ist bislang nicht nachhaltig. Nach Berechnungen des Global Footprint Network lebt Deutschland im Jahr 2022 bereits seit dem 4. Mai auf Kosten anderer Länder bzw. zukünftiger Generationen (Erdüberlastungstag).<sup>1</sup> Nach dieser Analyse nutzen wir mit unserem ressourcenintensiven Lebensstil die Natur dreimal mehr, als sich Ökosysteme erholen können. Um die Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen zu erhalten, ist daher eine nachhaltige Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Lebensweise notwendig.

Erreicht werden kann eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise in der Theorie auf drei Wegen, durch Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. Effizienz bedeutet dabei, weniger Rohstoffe für die Produktion eines Gutes einzusetzen. Konsistenz bedeutet, ein Gut anders zu produzieren – durch nachhaltige Technologien und auf eine Weise, das es völlig recycelbar macht. Effizienz und Konsistenz zielen also darauf ab, Lebensstil und Konsum nicht zu verändern, sondern die Produktion an sich nachhaltig zu gestalten und den Ressourceneinsatz zu reduzieren. Beide Konzepte sind auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unverzichtbar. Dennoch sind sie nicht ausreichend. Zum einen werden Ressourceneinsparungen einer effizienteren Produktion oft an anderer Stelle wieder verbraucht, ein sogenannter Rebound-Effekt. Verbraucht ein modernes Auto zum Beispiel weniger Benzin, so wird es möglicherweise öfter gefahren, der ökologische Nutzen erübrigt sich. Zum anderen sind nachhaltige Technologien nicht ausreichend verfügbar – das Problem der Konsistenz. Daher wird es durch Konsistenz nicht schnell genug gelingen, die ökologischen Probleme umfassend und schnell zu lösen. Der Weg der Konsistenz allein dauert zu lange und erfordert auch bei nachhaltigen Produkten zunächst einen Input an endlichen Ressourcen. Die Suffizienz ergänzt die Effizienz und Konsistenz auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Die drei Wege müssen zusammen beschritten werden, um zügig die Zukunft unserer Lebensgrundlagen zu sichern. In Bayern zeigen die Energiebilanzen der Staatsregierung der letzten Jahre, wie dringend notwendig es ist, alle drei Wege gleichzeitig zu beschreiten. Im Zeitraum zwischen 2010 und 2019 ist der Endenergieverbrauch im Freistaat um 5,5 % gestiegen<sup>2</sup>, vor allem aufgrund der ungebremssten Steigerungen im Sektor Verkehr. Diese Steigerung konnte nicht durch erneuerbare Energien ausgeglichen werden, sondern hauptsächlich durch zusätzlichen Verbrauch von Öl und Gas. Es ist also höchste Zeit für eine echte Trendumkehr, die auch die Suffizienz mit beachtet.

Was ist nun die Suffizienz genau? Ein suffizienter Lebens- und Wirtschaftsstil berücksichtigt die Tragfähigkeit unserer natürlichen Ökosysteme. In ihrer Wirkung ist die Suffizienz somit nicht von Nachhaltigkeit zu unterscheiden. Darüber hinaus steht Suffizienz dafür, dass auch weniger oder veränderter Konsum glücklich machen kann. Beispiele sind eine klügere Nutzung von Gütern durch Teilen und Leihen, eine längere Nutzung durch bessere Qualität oder Reparieren, aber auch der Verzicht auf Dinge, Dienstleistungen oder Funktionen. Handlungen auf dem Weg der „Suffizienz“ unterscheiden sich somit von der Effizienz und Konsistenz. Während Effizienz und Konsistenz die Art des Konsums und die Menge der konsumierten Güter unverändert lassen, hinterfragt die Suffizienz genau das. Wie viel ist genug? Wo ist „weniger“ oder „anders“ die bessere, einfachere, elegantere Lösung?

Suffizientes Verhalten braucht Bereitschaft und passende Rahmenbedingungen. Suffizientes Verhalten ist, ebenso wie Konsum, in hohem Maße eine persönliche Entscheidung. Ob Fahrradfahren als Gewinn empfunden wird, weil es den Geldbeutel schont und fit hält, oder ob der Verzicht aufs Auto als Verlust erlebt wird, kann jede\*r nur für sich selbst bewerten. Ob weniger Kleidungsstücke das Leben erleichtern, weil der Schrank übersichtlich bleibt, oder ob das als Verzicht empfunden wird, ist individuell.

Die Politik steht in der Verantwortung, die Voraussetzungen und Informationen für suffiziente Handlungen bereitzustellen. Denn nur wenn Bürger\*innen die Möglichkeit haben, können und werden sie sich suffizient verhalten. In dem vorliegenden Konzeptpapier zeigen wir, wie Grüne Vorschläge in den einzelnen Lebens- und Politikbereichen den Weg der Suffizienz eröffnen. Dieser Weg ist reich an Innovationen und Ideen und verringert gleichzeitig die Abhängigkeit von globalen Lieferketten. Daher hat er großes Potenzial für den Wirtschaftsstandort Bayern.

## I. MOBILITÄT

---

### Situationsanalyse: Das eigene Auto ist oft unverzichtbar

Private PKWs stellen das Fortbewegungsmittel mit der höchsten Umweltbelastung dar. Sie binden schon bei der Produktion viele Ressourcen und werden zu über 95% mit fossilen Brennstoffen betrieben. Zudem werden sie oft ineffizient genutzt, stehen lange Zeit geparkt herum und werden nur von einer Person gefahren. Die Lebensqualität von Anwohner\*innen und Autofahrenden leidet unter hohem Verkehrsaufkommen, Stau, fehlenden Parkplätzen, schlechter Luft und Lärm. Beim Reifenabrieb entstehen Mikroplastikteilchen, die in die Umwelt eingetragen werden.

Dennoch wurde die Verkehrsplanung in Bayern bisher überwiegend vom privaten Auto her gedacht und dem Straßenausbau für Auto und Lkw der Vorrang vor umweltfreundlichen Alternativen gegeben. Ein Beispiel hierfür ist die Bayerische Garagen- und Stellplatzverordnung, welche Mindestquoten für Auto-Parkplätze veranschlagt. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und das Schienennetz wurden dabei vor allem in ländlichen Regionen konsequent vernachlässigt. Fahrgäste müssen komplizierte Tarife, lange Fahrtzeiten und Umstiege in Kauf nehmen. Zufußgehen und Radfahren ist oft unbequem oder sogar gefährlich, weil sichere, barrierefreie, räumlich abgetrennte Fuß- und Radwege fehlen. Auch Fehler in der Raumplanung erhöhen die Abhängigkeit vom Auto, denn oft liegen Arbeitsplätze und Geschäfte nicht mehr in den Ortschaften, sondern in weit außerhalb in Gewerbegebieten. Diese Tatsachen führen für viele Menschen, besonders auf dem Land, zu einem regelrechten „Autozwang“. Wer kein Auto oder keinen Führerschein hat, ist dort auf Andere angewiesen. Staus nehmen insbesondere in den Städten zu. Und trotz technischer Fortschritte bei Autos und deutlicher Effizienzsteigerungen bei LKWs werden in Bayern – mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020/2021 – im Verkehrssektor immer mehr Treibhausgase ausgestoßen, weil das Verkehrsaufkommen insgesamt steigt (Quelle: UBA). Es gibt mehr Güterverkehr und einen Trend hin zu größeren Autos und SUVs. Dies sind Gründe dafür, dass der Endenergieverbrauch im Sektor Verkehr von 2010 bis 2018 um satte 7,3% angestiegen ist.<sup>3</sup> Der Einsatz von Mineralöl und Mineralölprodukten stieg im gleichen Zeitraum an, während die erneuerbaren Energieträger im Straßenverkehr (Beimischung) zurückgingen.

### Unser Ziel: mehr Mobilität und weniger Verkehr

Die heutige Menge an Autoverkehr belastet Mensch und Umwelt. Die Neuausrichtung der Mobilitätspolitik in Bayern ist daher überfällig. Verbesserungen im Mobilitätssektor haben großes Potenzial, um den

Ausstoß an Klimagasen zu reduzieren und die Lebensqualität zu steigern. Welchen Beitrag kann Suffizienz zu einer nachhaltigen Mobilität leisten? Laut dem Umweltwissenschaftler Markus Profijt<sup>4</sup> führt Mobilitätssuffizienz durch genügsamen Mobilitätskonsum zu einer geringeren Umweltbelastung in Form von Ressourcen- und Energieverbrauch. Dafür stehen drei individuelle Handlungsoptionen zur Verfügung: Wege auf nachhaltigere Weise zurücklegen, Wegelängen verkürzen und Wegeanzahl verringern.

Um den Bürger\*innen zu ermöglichen, Wege auf nachhaltigere Weise zurückzulegen, wollen wir den Mobilitätsarten des Umweltverbundes (öffentliche Verkehrsmittel, Radfahren, zu Fuß gehen oder Carsharing) Vorrang vor privat genutzten PKW geben. Sie sollen verlässlich, barrierefrei und bezahlbar werden. Mit den Öffentlichen unterwegs zu sein, muss stressfrei und bequem sein, auch auf dem Land. Auch im Güterverkehr wollen wir dem Umweltverbund Vorrang geben. Darüber hinaus soll Fahrradfahren und zu Fuß gehen sicher und attraktiv werden. Die Rahmenbedingungen für kürzere und weniger Wege schaffen wir durch eine neue Bau- und Mobilitätskultur – möglichst viele Orte, an die wir tagtäglich gelangen müssen, sollen nah und einfach erreichbar sein. Bürger\*innen sollen eine echte Wahlfreiheit haben, wie sie sich fortbewegen wollen: Zu Fuß, mit dem Rad, Bus und Bahn oder dem Auto – oder einer Kombination verschiedener Verkehrsmittel.

### **Maßnahmen für suffiziente Mobilität im Freistaat**

Vorfahrt für umweltfreundliche Mobilität! Wir wollen, dass Fuß- und Radverkehr sowie der ÖPNV zu echten Alternativen zum Auto werden. Dafür verabschieden wir uns von der historischen Fehleinschätzung der „autogerechten Stadt“ und der autozentrierten Stadtplanung. Wir wollen Straßen von außen nach innen planen: Ausreichend Platz für Fuß- und Radverkehr muss Vorrang haben und darf nicht auf Restflächen herabgestuft werden. Wege müssen multimodal gedacht werden. Das bedeutet, dass verschiedene Verkehrsmittel genutzt werden können, indem der Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln erleichtert wird. Dafür denken wir in Mobilitätsketten und bauen Knotenpunkte und Haltestellen des ÖPNV zu Mobilitätsstationen aus, mit sicheren, diebstahl- und wettergeschützten Radabstellanlagen, E-Bike-Ladestationen, Leihfahrrad- oder Car-Sharing-Stationen. Wir erleichtern die Fahrradmitnahme in den öffentlichen Verkehrsmitteln und stellen hierfür mehr Platz in den Zügen bereit. Insbesondere auf dem Land müssen Radwege und öffentliche Verkehrsmittel besser vernetzt werden und „Bike and Ride“ Parkplätze ausgebaut werden. Hierbei soll der Freistaat die Kommunen unterstützen. Beim Ausbau des ÖPNV in den Städten nehmen wir überirdische Stadt- und Straßenbahnen in den Blick, denn ihr Bau ist wesentlich ressourcensparender, schneller und günstiger als der von U-Bahnen. Darüber hinaus sind überirdische Bahnhöfe im Sinne der gleichberechtigten Stadtplanung von Bedeutung, denn unterirdische Strukturen sind oft Angsträume und werden von vielen Personen mit einem Gefühl der Unsicherheit verbunden.

Der ÖPNV soll attraktiver werden. Dafür wollen wir den Flickerteppich des Nahverkehrs beenden und flächendeckende Verkehrsverbünde schaffen. So kommt man mit einem Ticket überall hin. Das erfolgreiche deutschlandweite 9-Euro-Ticket wollen wir weiterführen und dauerhaft ein einfaches, günstiges Ticket für den öffentlichen Verkehr anbieten. Wir bauen den ÖPNV gerade auf dem Land aus und führen die Mobilitätsgarantie für Bayern ein. Damit gibt es in Bayern von fünf Uhr früh bis Mitternacht mindestens im Stundentakt eine verlässliche und umweltfreundliche Anbindung an den ÖPNV. Das kann in sehr dünn besiedelten Gebieten auch ein in den ÖPNV voll integriertes On-Demand-System wie Rufbus, Ruftaxi oder ähnliches sein. Ehrenamtlich basierte Orts- und Bürgerbusse, private Mitfahrmöglichkeiten sowie soziale Fahrdienste sind eine wichtige Ergänzung, die wir fördern und integrieren werden. Wir werden mit finanzieller Unterstützung des Freistaates die Einführung attraktiver Schüler-, Auszubildenden-, Studierenden- und Jugendtickets auf der Basis der 365 Euro-Jugendtickets mit landesweiter Fahrtmöglichkeit für alle jungen Menschen in Bayern anstreben. Perspektivisch wollen wir, dass junge Menschen ohne Einkommen bis zum 26. Lebensjahr gratis den ÖPNV nutzen können. Damit ein

qualitativ hochwertiger ÖPNV auch auf dem Land angeboten wird, wollen wir den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe mit definierten Mindeststandards gesetzlich verankern. Wir eröffnen Kommunen Möglichkeiten für eine bessere Finanzierung des ÖPNV, von Bürgertickets und Dienstgeberabgabe<sup>5</sup> bis hin zu höheren Parkgebühren und Citymaut.

Radfahren muss bequem und sicher sein. Die bayerischen Grünen haben ein Radgesetz vorgelegt, das unter anderem die Zuständigkeit des Freistaats für die Koordination des Radwegenetzes und die Errichtung von Radschnellwegen, die Vorgaben für mehr und bessere Radabstellanlagen und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit festschreibt. Ebenso ist darin eine Landesagentur für Mobilität geplant, die die Kommunen bei Umsetzung und Kommunikation der Maßnahmen beraten und unterstützen wird. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind beispielsweise die Radschnellwege den Landesstraßen gleichgestellt. Seitdem geht es dort mit dem Ausbau konkret voran. Das wollen wir auch in Bayern.

Wir wollen die Bahn im Freistaat verbessern, auch auf kleineren Strecken. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der für die Schieneninfrastruktur weitgehend zuständigen Bundesebene. Unser Ziel ist, dass in Bayern keine Gleisanlagen mehr rückgebaut werden und Eisenbahnstrecken, wo es möglich ist, wieder reaktiviert werden. Wir wollen ein stabiles Schienennetz und eine Weiterentwicklung des wegweisenden Konzepts des Deutschlandtakts.<sup>6</sup> Wir setzen uns für die Kürzung der Reisezeiten und die konsequente Digitalisierung der Leit- und Sicherungstechnik ein, um die Leistungsfähigkeit des Netzes und die Stabilität des Betriebs zu steigern. Zu einer attraktiven Bahn gehören auch einladende Bahnhöfe. Diese sollen zu multifunktionalen Aufenthaltsorten und Mobilitätsstationen mit wettergeschützten Wartebereichen, Toiletten, Café und anderem Komfort werden. Kostenloser WLAN-Empfang soll rasch in den bayerischen Nahverkehrszügen selbstverständlich werden.

Reisen mit der Bahn soll einfach und günstig sein. Zugfahren soll eine echte Alternative zu Kurzstreckenflügen werden. Dazu wollen wir die Bahnverbindungen von Bayern in die Nachbarregionen und Ballungsräume Europas verbessern und das Angebot an Nachtzügen und Autozügen ausbauen. Regelmäßige Zugverbindungen mit wenigen Umstiegen sind für viele Reisende auch eine hervorragende Alternative zum Fliegen auf der Mittelstrecke ins europäische Ausland.

Wir wollen die Menschen auch mit attraktiven Fahrpreisen für Bus und Bahn begeistern und die Chancen der Digitalisierung für elektronische Tickets nutzen. In einem bayerischen Mobilitätsgesetz verankern wir die neue Mobilitätskultur und schreiben damit den Vorrang des Umweltverbundes bei Planung und Ausbau von Verkehrslösungen fest. Wir stellen bisher für den Straßenbau vorhandene Planungskapazitäten an den staatlichen Bauämtern für den Ausbau des Schienennahverkehrs und des Radverkehrs zur Verfügung. Hinsichtlich Bewohnerparken, und Kurzzeitparken, Tempo 30, Fahrradstraßen etc. sollen Kommunen den von der StVO vorgesehenen Handlungsspielraum nutzen können, um umweltfreundliche Mobilität zu fördern. Parkgebühren und Citymaut können und sollen eine Lenkungswirkung zu einem höheren Anteil des Umweltverbunds am Verkehrsaufkommen haben, um Lärmschutz, saubere Luft und Verkehrssicherheit in den Städten zu schaffen.

### **Best Practice Beispiel: Zürich, Welthauptstadt des ÖPNV<sup>7</sup>**

Wer ein Anschauungsobjekt für umweltfreundlichen Nahverkehr und somit gelebte Mobilitätssuffizienz sucht, sollte nach Zürich reisen. Der erfolgreiche Umbau des Verkehrssystems begann bereits in den 1980er Jahren. Heute fahren die Zürcher überwiegend mit Bus, Bahn und Fahrrad, völlig unabhängig vom jeweiligen Einkommen. Der Autobesitz ist in der wohlhabenden schweizerischen 400.000-Einwohner-Stadt mit 0,35 Autos pro Kopf gering. Busse, Tram- und S-Bahnen haben auch deshalb so viele Fahrgäste, weil Zürich den Autoverkehr stark eingeschränkt hat. Über 4.000 Sensoren auf den Ein- und Ausfahrtsstraßen messen, wie viele Pkw in die Stadt hinein und wieder herausfahren. Sind zu viele Autos auf den Straßen

unterwegs, schalten Ampeln am Stadtrand auf Rot, bis wieder ein paar Autos die Stadt verlassen haben. Das vermeidet Staus in der Innenstadt, birgt für Autofahrer, die die Stadtgrenze passieren wollen, aber auch das Risiko von Wartezeiten. Die Kapazität des Straßennetzes erhöht die Stadt trotz steigender Einwohner- und Pendlerzahlen nicht mehr. Zudem gibt es in Zürich kaum Parkplätze. Ihre Zahl hat der Gemeinderat im „Historischen Kompromiss“ auf dem Niveau von 1990 eingefroren. Für jeden Parkplatz, der gebaut wird, muss anderswo einer entfernt werden. Der Bau von Tiefgaragen hat dazu geführt, dass es am Rand mancher Straßen fast gar keine Parkplätze mehr gibt. Die Verkehrspolitik und die hohe Qualität des öffentlichen Nahverkehrs wirkt sich auf die Verkehrsmittelwahl der Stadtbewohner\*innen aus: 41 Prozent der Wege werden mit Bus und Bahn zurückgelegt, 26 Prozent zu Fuß, acht Prozent mit dem Fahrrad. Nur noch 25 Prozent der Wege werden mit Auto, Motorroller und Co gefahren.

## II. MATERIALVERBRAUCH

---

### Situationsanalyse: Der Rohstoffverbrauch ist hoch

Der Pro-Kopf-Materialverbrauch in Deutschland und Bayern ist hoch. Jährlich werden 16 Tonnen Rohstoffe pro Person verbraucht. Damit haben die Deutschen bereits am 4. Mai das Ressourcen-Budget (welches nachhaltig wäre) für das ganze Jahr aufgebraucht.<sup>8</sup> Die Knappheit von Ressourcen und Rohstoffen wird zukünftig eine zunehmende Herausforderung für die Wirtschaft darstellen. Darüber hinaus führt die Rohstoffgewinnung in vielen Fällen zu Schäden an der Umwelt und belastet das Klima. Viele Rohstoffe, welche derzeit genutzt werden, sind nach menschlichen Maßstäben nicht erneuerbar.

Dennoch wird Bürger\*innen an vielen Stellen eine nachhaltige Materialnutzung erschwert. Im Elektronikbereich ist die Reparatur von Geräten oft unattraktiv oder sogar unmöglich. Durch die feste Verbauung von Teilen, wie zum Beispiel Akkus und Displays, sind viele Schäden nicht reparierbar. Ersatzteile oder das Wissen zur Reparatur fehlen oft. Selten sind Informationen zur Lebensdauer von Geräten für Verbraucher\*innen transparent dargestellt und günstige Geräte mit geringer Qualität werden aus verschiedenen Gründen der langlebigen, hochwertigen Variante vorgezogen. Quantität vor Qualität trifft auch oft in der Mode zu. Jährlich animiert eine Vielzahl an Kollektionen zum Kauf. In vielen Lebensbereichen werden wir zum Konsum von Dingen verleitet, bei denen wir uns im Nachhinein die Frage stellen: brauche ich das eigentlich?

Für einen verantwortungsvollen, nachhaltigen Materialverbrauch muss so bald wie möglich eine weitgehend geschlossene Kreislaufwirtschaft etabliert werden, in der Materialien so gut wie möglich immer wieder verwendet werden. Darüber hinaus sollte ein größeres Augenmerk auf den sparsamen Konsum von Gütern gelegt werden – auf Suffizienz.

### Ziel: Weniger, klüger, langlebiger

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jede\*r genug hat – genug für ein zufriedenes Leben, genug Sicherheit, genug Freiheit für Entfaltung, genug Zeit für sich und mit anderen. Im Sinne eines suffizienten Materialverbrauchs sollte jede\*r die Möglichkeit haben, von den notwendigen Dingen nur jene zu besitzen, die er oder sie wirklich besitzen möchte. Im Gegenzug müssen Rahmenbedingungen bestehen, die den Gebrauch von Dingen auch ohne Besitz ermöglichen. Das können beispielsweise Leihangebote und Sharing-Lösungen sein. Teilen und Leihen ist nicht nur nachhaltig und günstig, es ermöglicht auch eine klügere Nutzung von Dingen. Auf diese Weise können neuere, bessere Produkte zur Anwendung kommen.

Ebenso sollten Alternativen zum Kauf eines neuen Produkts bestehen und die Lebensdauer von Produkten erhöht werden. Dies gelingt durch Reparieren und eine bessere Qualität von Produkten. Reparierbare Produkte können nicht nur Geld sparen, sondern auch Nerven schonen. Es ist praktisch, wenn das Display eines Smartphones getauscht werden kann, und das Gerät weiter im Einsatz bleibt. Es ist günstig, wenn Schuhe neu besohlt werden können, wenn das Profil abgelaufen ist... Nicht mehr Benötigtes sollte verschenkt oder verkauft werden.

## Konkrete Maßnahmen für Benützen ohne Besitzen

Suffizienzstrategie für die öffentliche Beschaffung. Die bayerische Landesverwaltung erwirbt in einem erheblichen Umfang Gebrauchsgüter wie Computer, Drucker, Leuchtmittel oder Fahrzeuge. Der Freistaat hätte ein großes Potenzial, über seinen Konsum zukunftsweisende Projekte für einen nachhaltigen Materialverbrauch umzusetzen. Pro Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen in Deutschland Aufträge in Höhe von 350-500 Mrd. Euro. Das sind bis zu 15% der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung. Bislang entscheidet jedoch häufig allein der Preis über die Auftragsvergabe – soziale, ökologische, aber auch ökonomische Folgekosten werden nicht berücksichtigt. Wir setzen uns daher für ein Bayerisches Auftragsvergabegesetz ein, welches nachhaltige Beschaffung zum Standard macht. Dazu gehört auch, dass bei Vergabeentscheidungen die gesamten Lebenszykluskosten und damit Aspekte wie Langlebigkeit und Reparierbarkeit berücksichtigt werden.

In dem in Bayern pro Stunde verbrauchten Papier steckt Zellstoff aus 698 neuen Bäumen, trotz eines Altpapieranteils von 60 Prozent (Verbraucherzentrale Bayern)! Laut dem Verbraucher Service Bayern wird jeder zweite industriell gefällte Baum weltweit zu Papier in Form von Verpackungen, Briefumschlägen, Zeitungen, Geschenkpapier, Büropapier, Küchentüchern oder Toilettenpapier verarbeitet (Forum Ökologie & Papier, FÖP). Die Produktion einer Tonne Frischfaserpapier benötigt heute etwa genauso viel Energie wie die Herstellung einer Tonne Stahl. Damit ist die Papierindustrie weltweit der fünftgrößte industrielle Energieverbraucher. Hinzu kommen Wasserverbrauch, Chemikalieneinsatz und Transporte von Rohstoffen und Fertigprodukten. Papier zu sparen und die Nutzung von Recyclingpapier aus 100 Prozent Altpapier für Druckerpapier, Schreibwaren oder Toilettenpapier sollte zum Standard werden – durch eine bessere Sensibilisierung von Privathaushalten und die Vorbildfunktion in der öffentlichen Beschaffung.

Darüber hinaus setzen wir uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, Produkte haltbarer, reparierbar, recyclingfähig und transparenter zu machen. Auf Europäischer Ebene unterstützen wir eine Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie, die Einführung digitaler Produktpässe sowie einen erleichterten Zugang zu Reparaturanleitungen und Ersatzteilen, um Reparaturen zu vereinfachen. Der Koalitionsvertrag der Ampel Regierung<sup>9</sup> hat erstmals ein eigenes Kapitel zum Thema Kreislaufwirtschaft. Hier wird das Ziel formuliert, den Rohstoffverbrauch zu senken und Stoffkreisläufe zu schließen. Produkte sollen langlebig, wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein. Die Abfallvermeidung soll gestärkt, ökologisch vorteilhafte Mehrweg-, Rücknahme- und Pfandsysteme sowie Branchenvereinbarungen und insbesondere innovative, nachhaltige Ideen wie geteilte Nutzung unterstützt werden. Zudem soll der Einsatz von Recycling-Rohstoffen gefördert und ein Recycling-Label eingeführt werden.

Teilen, Leihen, Verkaufen. Nur weil man Dinge braucht, muss man sie nicht besitzen. Wer zweimal jährlich eine Bohrmaschine benötigt, muss diese nicht unbedingt kaufen. Wird für den Jahresurlaub ein großes Auto gebraucht, so muss man nicht zwingend das ganze Jahr damit herumfahren... Teilen und Leihen helfen, hochwertige Produkte zu nutzen und gleichzeitig den Geldbeutel zu schonen. Dies kann sowohl im persönlichen Bereich umgesetzt werden als auch von Unternehmen - indem Unternehmen Dienstleistungen anstatt Produkte verkaufen. Diese Idee heißt „product as a service“. Anstatt Lampen werden Lichtstunden erworben, anstatt eines Autos Mobilität. Ein Beispiel wäre, dass der Hersteller eine Waschmaschine samt Reparatur und Wartung für einen bestimmten Zeitraum vermietet. Nutzer\*innen

sparen sich die Anschaffungskosten und haben den praktischen Nebeneffekt, stets eine professionell gewartete, hochwertige Waschmaschine zur Verfügung zu haben. Auf diese Weise werden Fehlanreize der produzierenden Firmen gemindert, Produkte mit nur kurzer Lebensdauer auf den Markt zu bringen, wie es sich auch bei Waschmaschinen entwickelt hat.

Miet- oder Sharing-Lösungen wollen wir auch im Rahmen eines Bayerischen Auftragsvergabegesetzes als Alternative zur Beschaffung von Sachgütern für die öffentliche Hand fördern. Wir finden, der Forschungs- und Hightech Standort Bayern muss sich verstärkt mit diesen zukunftsweisenden Konzepten auseinandersetzen und die Forschung, sowie die Anwendung in der Praxis und im öffentlichen Bereich, gezielt stärken. Ein ressourcensparsames Kaufverhalten der Bürger\*innen kann im Freistaat durch Informationsbroschüren und Kampagnen gezielt unterstützt werden. Ebenso können Initiativen wie Kleiderkreisel, Werkzeugverleih, Flohmärkte beworben und gestärkt werden.

Reparatur fördern. Wir wollen die Reparatur als echte Alternative zur Neuanschaffung gezielt fördern. Mit einem staatlichen Reparaturbonus wollen wir die Hälfte der Reparaturkosten von kaputten Haushalts-Elektrogeräten erstatten, bis zu einem Betrag von maximal 100 Euro pro Person und Kalenderjahr. So wird die Umwelt geschont und die heimischen Handwerksbetriebe gestärkt. Auch Reparatur-Cafés haben sich zu wichtigen Anlaufstellen entwickelt, sie werden oft im Rahmen von Nachbarschaftshilfe oder als ehrenamtliche Initiativen, durch gemeinnützige Einrichtungen durchgeführt. Sie bieten die Möglichkeit, Gebrauchsgüter von sachkundigen, engagierten Privatpersonen reparieren zu lassen und somit Neuanschaffungen zu vermeiden – ganz im Sinne der Nachhaltigkeit. Wir wollen diese sinnvollen Initiativen unterstützen und Sachkosten wie Geräte und Werkzeuge förderfähig machen. Ein Online-Register der entsprechenden Handwerksbetriebe und Reparatur-Cafés soll Verbraucher\*innen Orientierung über Angebote in ihrer Nähe geben.

### **Best Practice Beispiel: “Light as a service” oder “Lichtmiete”**

Der Amsterdamer Flughafen Schiphol hat die Bereitstellung der Beleuchtung an eine externe Dienstleisterin abgegeben - inklusive Installation, Wartung und Entsorgung. Die externe Dienstleisterin bleibt dabei Eigentümerin der Lampen und Armaturen, während Schipol für die Beleuchtung Miete zahlt. Diese innovative Geschäftsbeziehung ermöglicht eine passgenaue, langlebige und effiziente Nutzung der Beleuchtung – inklusive Entsorgung und Recycling. Die Komponenten der Beleuchtung und der Armaturen können nun separat demontiert und ausgetauscht werden, was die Wartungskosten und den Materialverbrauch reduziert. Darüber hinaus werden die Lampen am Ende ihrer Lebensdauer zu Recyclingzwecken gesammelt. Das minimiert Abfall und Rohstoffverbrauch. Das Ergebnis: Die Lebensdauer der Beleuchtung hat sich um 75 % verlängert, durch moderne LED-Lampen konnte der Energieverbrauch etwa um die Hälfte reduziert werden.<sup>10</sup> Durch diesen neu gedachten Konsum werden Material und Energie viel nachhaltiger eingesetzt.

## III. ENERGIE

---

### Situationsanalyse

Energie in Form von Wärme und Strom sowie individueller Mobilität benutzen wir tagtäglich und dabei sind ein Großteil unserer Elektrogeräte effizient, immer mehr Häuser sind zumindest teilweise gedämmt und unser Strom kommt zu einem immer größeren Teil aus erneuerbaren Energien. Doch unser Energiekonsum, bezogen auf den Primärenergiebedarf in Bayern, sinkt nicht im ausreichenden Maß. Eine Halbierung des Primärenergiebedarfs bis 2040 ist notwendig.

Die Gründe für den nur geringfügig gesunkenen (Primär-)Energieverbrauch sind vielfältig. Der Anstieg der Bevölkerung in Bayern hat einen gewissen Anteil. Doch entscheidend sind vielmehr andere Faktoren: Das Konsumverhalten hat sich verändert und im Gewerbebereich ist der Energieverbrauch stark gestiegen – ein größerer Faktor sind beispielsweise die zunehmend größeren Kühlregale für Tiefkühlkost im Zuge eines veränderten Einkaufsverhaltens. Außerdem ist der Komfortanspruch in den letzten Jahren angestiegen. Beispielsweise liegt die durchschnittlich beanspruchte Wohnfläche pro Person in Bayern derzeit bei 48,7 m<sup>2</sup>, im Jahr 1990 lag diese um 27% niedriger. Im Gleichen Zeitraum haben wir es geschafft, die Energieeffizienz zu verbessern. Wir brauchen heute auf dem Quadratmeter bezogen 30% weniger Energie, um unsere Gebäude zu beheizen. Im Ergebnis wurde dieser Effizienzgewinn durch den Mehrbedarf an Wohnfläche komplett getilgt - ein klassischer Rebound Effekt.

Suffizienzstrategien beim Energieverbrauch müssen auf möglichst alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden. Ein Bereich, der enorme Wachstumsraten hat, ist die Digitalisierung. Dies macht sich sowohl bei der Zunahme von Endgeräten, der Nutzung und beim Energiebedarf bemerkbar. Hier sollte im Sinne der Suffizienz ein Augenmerk auf die Automatisierung unser Gebäude und den Bereich Smart Home gelegt werden. Da Speicher- und Cloudsysteme durchgängig erreichbar und verfügbar sind, ist es für die Benutzer\*innen wenig transparent, wieviel Energie benötigt wird, um Systeme dieser Art zu betreiben. Auch die angesprochene Smart-Home Systeme sparen nicht automatisch Energie, auch kann es zu einem Rebound-Effekt kommen. Einzelne, nicht aufeinander abgestimmte Smart-Home-Anwendungen können den Stromverbrauch bei sorgloser Benutzung sogar erhöhen. Der Grund ist die permanente Ansprechbarkeit der einzelnen Geräte. Im Standby-Modus verbrauchen viele elektronischen Geräte unmerklich Energie, was sich aufs Jahr gesehen deutlich bemerkbar macht.

Es reicht, wie die oben genannten Beispiele zeigen, auf lange Sicht nicht, unsere Geräte effizienter zu machen, neue Technologien zu entwickeln und die Erneuerbaren Energien ausreichend auszubauen. Das Potential von Energiesparen und das Anwenden von Suffizienzstrategien muss gehoben werden, um wirklich hohe Einsparungen zu erreichen. Denn es geht nicht um 10 % oder 20 % Einsparung. Bis 2030 müssen wir unseren Treibhausgasausstoß um 70 % im Vergleich zu 1990 reduziert haben und bis spätestens 2040 müssen wir auf Null sein.

### Ziel: Energie klüger nutzen

Ziel ist es, uns von unserer Abhängigkeit von den schmutzigen fossilen Energieträgern loszulösen. Genau hier brauchen wir die Energiesuffizienz, damit wir unseren Energiebedarf so weit herunterfahren, dass der Energiekonsum vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Es ist also wichtig, zur Effizienz- und Konsistenzstrategie die Suffizienzstrategie mit einzubeziehen. Wie die Daten der Schätzbilanz des Leipzig Institutes zeigen, steigt der Endenergieverbrauch noch immer und der Zubau der erneuerbaren Energien konnte in den letzten Jahren nicht einmal diesen Mehrbedarf decken. Nur

durch eine Strategie, welche alle drei Wege der Effizienz, Konsistenz und Suffizienz einschließt, schaffen wir eine umfangreiche Energiewende und erreichen die CO<sub>2</sub>-Neutralität. Suffizienz im Energiebereich muss an mehreren Stellen ansetzen: in der Produktion, bei den Verbraucher\*innen und auch in der Energiewirtschaft. Durch Suffizienz beim Energieverbrauch muss nicht zwingend auf Lebensqualität verzichtet werden, ganz im Gegenteil. Suffizienz bietet uns die Chance, zusätzlich an Lebensqualität zu gewinnen.

## **Unsere Maßnahmen für weniger Energieverbrauch in Bayern**

Um Suffizienz im Energiebereich zu erreichen, gibt es ganz unterschiedliche Maßnahmen. Generell gilt jedoch, dass die Politik zunächst die Rahmenbedingungen für energiesuffizientes Handeln bereitstellen muss. In einem zweiten Schritt gilt es dann, den Verbraucher\*innen energiesuffizientes Verhalten so einfach wie möglich zu machen, ohne Einbußen in deren Lebensqualität – vielleicht sogar mit Vorteilen.

Die Digitalisierung des Energiesystems ist eine Schlüsseltechnologie für den Erfolg der Energiewende. Da in Zukunft durch die Erneuerbaren Energien unser Strom überwiegend dezentral, über Solarfelder und Windräder gewonnen wird, müssen wir unsere Stromnetze ertüchtigen und diese mit Messgeräten ergänzen, um sie zu einem intelligenten System umzustellen. Unser Energieverbrauch und unsere Energieproduktion müssen zukünftig besser aufeinander abgestimmt werden, die Digitalisierung hilft uns dabei.

Subventionen im Bereich der konventionellen Energieträger erschweren die Suffizienz. Deswegen müssen wir in einem ersten Schritt alle klimaschädlichen Subventionen in Bayern identifizieren und rasch abschmelzen. Alle staatlichen Ebenen sollten mitwirken, damit bei Anlageportfolios ein Divestment von fossilen und atomaren Energieunternehmen sichergestellt wird. Die Kapitalanlage- und Förderpolitik Bayerns müssen an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) ausgerichtet werden. Somit können Subventionen in eine nachhaltige, also suffiziente, effiziente und konsistente Richtung verlagert werden, ohne dadurch ein Mehr an staatlichen Ausgaben zu haben. Energie ist ein Standortfaktor für die Industrie und Unternehmen! Hier hinkt Bayern kräftig hinterher, erste Unternehmen erteilen Bayern als Standort eine Absage, weil die Grundlast zu wenig Anteil an Erneuerbaren Energien enthält. Der Ausbau der Windkraft, eine Landes-Wasserstoffstrategie und ein Solarprogramm für öffentliche Gebäude müssen daher sofort umgesetzt werden.

Stromtarife sind ein wichtiger Faktor, um den Verbrauch zu steuern. Aktuell wird durch die Tarife jedoch oft ein hoher Energieverbrauch durch günstigere Kosten belohnt. Stromtarife setzen sich zu circa 70% aus Steuern, Netzentgelten, d.h. Umlagen vor allem für die Strominfrastruktur, weiteren Umlagen und Abgaben zusammen. Diese sind von unterschiedlichen Faktoren abhängig und unterscheiden sich auch je nach Anbieter und Ort. Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen profitieren von Ausnahmeregelungen bei Umlagen, Steuern und Abgaben. Wir setzen uns dafür ein, dass Stromtarife von degressiven zu linearen oder gegebenenfalls progressiven Tarifen geändert werden. Hierbei wäre es also möglich, den Basisverbrauch sozialverträglich nur gering oder gar nicht mit Steuern, Umlagen und Abgaben zu belasten. Ein hoher Verbrauch muss stärker an der Finanzierung der Strominfrastruktur beteiligt werden.

Das Bereitstellen von Information wie jede und jeder Einzelne Suffizienz umsetzen und sich hierfür beraten lassen kann, ist ein Schlüsselement, um die gesteckten Ziele beim Energiesparen zu erreichen. Viele der angesprochenen Maßnahmen in diesem Konzept machen ein niederschwelliges Beratungsangebot für einen energiesuffizienten Haushalt vor Ort notwendig. Mit einem dichten Netz von regionalen Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen wir dieses Angebot. Die Agenturen müssen üppig ausgestattet werden, damit sie Dreh- und Angelpunkt der lokalen Energiewende und beim suffizienten Handeln werden.

Ein breites und fest verankertes Wissen in der Gesellschaft über suffizientes Handeln sollte etabliert werden. Deshalb muss auch in der Bildung angesetzt werden. Das Thema der Energiesuffizienz soll in den Lehrplan der Schulen mitaufgenommen werden, oder als separater Teil in die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) integriert werden. Dafür sollte auch die Erwachsenenbildung mit einbezogen werden. Hier benötigen wir lokale Bildungseinrichtungen und Workshops, die individuell auf die Lebenssituation der Menschen eingehen, denn nicht für jede\*n sind die gleichen Energiesparmaßnahmen möglich. Dabei unterstützen und fördern wir bereits existierende Bildungseinrichtungen und Vereine, damit diese mit neuen Angeboten nicht konkurrieren müssen und deren bereits vorhandene Expertise im Bereich BNE genutzt werden kann.

In lokalen Energiegemeinschaften können sich Bürger\*innen zusammenschließen und dabei ihren Strom dezentral beziehen und ihre Überproduktion lokal an Nachbar\*innen weiterverkaufen. Eine dezentrale Energieversorgung bietet viele Vorteile. Unter anderem verbessert sie die Stabilität des Netzes, vermeidet lange Transportwege und erhöht die Teilnahme und Akzeptanz der Bürger\*innen an der Energiewende. Darüber hinaus können Bürger\*innen durch Eigenproduktion ihre Ausgaben für Energie senken. Durch die erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne kann eine lokale Energieerzeugung, Speicherung und Verbrauch gut umgesetzt werden, da diese flächendeckend in ganz Bayern zur Verfügung stehen. Hierbei müssen die Menschen vor Ort zu den Möglichkeiten einer lokalen Energiegemeinschaft beraten und gefördert werden. Zum Beispiel könnten diese von den bestehenden Abgaben (bis auf die Stromsteuer und die Konzessionsabgabe) befreit und die Möglichkeit geschaffen werden, die über den eigenen Bedarf produzierte Energie zu einem festgesetzten Preis zu verkaufen.<sup>11</sup>

Es können infrastrukturelle Maßnahmen zur Energiesuffizienz sowohl in Haushalten als auch im öffentlichen Bereich gefördert werden. Beispiele hierfür sind: Gemeinschaftsräume (z.B.: Trockenräume) und der gemeinschaftliche Gebrauch von technischen Geräten (z.B.: Waschmaschinen) in Mehrparteienhäusern, sowie kühle Speisekammern in allen Wohngebäuden. Im öffentlichen Bereich sollten beispielsweise Waschalons, Mensen und die lokale Lebensmittelversorgung gefördert und unterstützt werden. Somit sparen wir nicht nur Strom durch eine gemeinschaftliche Nutzung von Wasch- und Essensmöglichkeiten, sondern können auch unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch geringere Einkaufswegen verringern.

### **Best Practice Beispiel: Energierebellen der Elektrizitätswerke in Schönau**

Das Unternehmen Elektrizitätswerke Schönau ist eine von Bürger\*innen getragene Energiegenossenschaft, die auf eine nachhaltige Energieversorgung setzt. Sie bietet für Ihre Kund\*innen unter anderem das Modellprojekt „Dreifacher Klimaschutz“<sup>12</sup> zur Förderung der Energiesuffizienz an. Durch dieses Projekt soll den Kund\*innen mittels einer Energieberatung ermöglicht werden, Stromkosten zu sparen. Hierbei werden einzelne Energiesparmittel wie Zeitschaltuhren oder LED-Leuchtmittel kostenlos zur Verfügung gestellt. Das in den drei Folgejahren durch die Energieberatung gesparte Geld der Haushalte soll dann in den Bau einer PV-Großanlage investiert werden. Mit der Vermarktung des Ökostroms aus dieser PV-Anlage werden weitere Klimaschutz-Projekte gefördert. Dadurch erreicht man einen dreifachen Klimaschutz: 1. Haushalte verbrauchen weniger Strom, 2. die PV-Anlage produziert sauberen Strom, 3. weitere Klimaschutzprojekte werden mit den Einnahmen finanziert.

## IV. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

---

### Situationsanalyse

Landwirtschaft gibt es, weil wir essen. Die Urproduktion von Lebensmitteln und Futtermitteln ist auf ausreichend Fläche, fruchtbare Böden und günstiges Klima angewiesen. Allerdings verbrauchen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung in erheblichem Umfang Energie, Rohstoffe und Ressourcen. Besonders das gegenwärtige System der industriellen konventionellen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung ist abhängig von fossilen Energien, chemisch-synthetischen Pestiziden und unter hohem Energieverbrauch hergestelltem synthetischen Mineraldünger. Es ist hauptverantwortlich für Umweltprobleme, die durch zu viel Nitrat und Phosphat entstehen und verursacht einen rasenden Verlust der Biodiversität in der Natur, bei Kulturpflanzen und landwirtschaftlich genutzten Tieren. Die industrielle konventionelle Landwirtschaft und die industrielle Lebensmittelerzeugung belasten das Klima massiv, während der Klimawandel seinerseits die Ernten bedroht.

Es liegt auf der Hand, dass dieses System nicht nachhaltig ist und bereits heute an seine Grenzen stößt. Ausgelaugte Böden, Humusverluste, Erosion, Trockenheit und anfällige Monokulturen lassen die Ernten stagnieren oder zum Teil ausfallen. Wasserreserven schrumpfen und Mineralöl und Düngerrohstoffe werden knapp und teuer. Steigende Ernteerträge können nur durch zusätzliche Anbauflächen generiert werden, die dann für den Natur- und Ressourcenschutz fehlen. Ökologische Landwirtschaftssysteme haben im Durchschnitt zwar ein geringeres Ertragsniveau, aber sind widerstandsfähiger in der Klimakrise und sichern konstante Ernten. Dennoch wächst die ökologisch bewirtschaftete Fläche im Freistaat nur langsam.

Im Bereich der Ernährung verbraucht die industrielle Lebensmittelproduktion mit ihren hochgradig verarbeiteten Produkten zu viel Wasser und Energie und erzeugt zu viel Verpackungsmüll und Lebensmittelabfälle. Fastfood und immer mehr Kalorien in Fertigprodukten und Süßgetränken verursachen ernährungsbedingte Krankheiten wie Adipositas und Diabetes. Selbst kochen, Essenreste weiter verwerten, oder Gemüse anbauen, sind Kenntnisse, die im Alltag zunehmend verloren gehen. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung wird das Ziel, gutes Essen für alle zu sichern, zu einer der größten Herausforderung dieser und kommender Generationen.

### Ziel: Landwirtschaft im Kreislauf

Suffizienz im Bereich Landwirtschaft und Ernährung bedeutet, den Bedarf an eingesetzten Ressourcen, Energie und Rohstoffen zu verringern und die hohe Abhängigkeit von chemisch-synthetischen Inputs zu beenden. Dazu müssen die landwirtschaftlichen Anbausysteme neu gedacht werden. Eine ökologische und standortangepasste Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung muss an die Stelle der intensiven, industriellen Landwirtschafts- und Ernährungssysteme treten, ohne mehr Fläche zu verbrauchen. Dies gelingt nur, wenn wir auch unsere Ernährung anpassen, insbesondere den Fleischkonsum zügig reduzieren und auf mehr pflanzliche Alternativen in der Ernährung umschwenken.

### Maßnahmen für Suffizienz in Landwirtschaft und Ernährung

Global existieren die unterschiedlichsten Landwirtschaftssysteme: von unter einem Hektar Anbaufläche mit Mischkultur zur Ernährungssicherung einzelner Haushalte bis zu tausende Hektar Monokulturen in agrarindustrieller Bewirtschaftung. Die landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaft, also der Anbau von Nutzpflanzen und die Haltung von Tieren zur Selbstversorgung, stellt in vielen Ländern der Erde

die Ernährung einzelner Haushalte und zusätzlichen wirtschaftlichen Handlungsspielraum sicher. Subsistenzwirtschaft wird oft als rückständig betrachtet. Das Gegenteil ist der Fall: auf kleiner Fläche werden verschiedenste Nutzpflanzen angebaut und somit eine ausgewogene Ernährung sichergestellt. Chemisch-synthetische Pestizide oder Dünger werden kaum eingesetzt. Subsistenzproduktion kann an vielen Stellen als Ideengeberin für eine ökologische und suffiziente Landbewirtschaftung dienen.

Urban farming, Market gardening, regenerative Permakultur oder Solidarische Landwirtschaft greifen dieses System auf, passen es an und erzeugen auf beschränkter Fläche verschiedenstes Obst und Gemüse – in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Verbraucher\*innen. Abhängig von der zur Verfügung stehenden Fläche und Intention der Betreiber\*innen können diese Systeme sehr intensiv betrieben werden. Gemeinsam ist ihnen, dass der Einsatz von Technik reduziert ist und chemische Hilfsmittel durch Wissen und Erfahrungsaustausch ersetzt werden – ganz im Sinne der Suffizienz.

Ökologische Landwirtschaft nutzt Maßnahmen wie Bodenpflege, Fruchtfolgegestaltung, die Auswahl robuster Sorten, mechanische Beikrautregulierung, Schutz und Förderung von Nützlingen oder den Einsatz von Pflanzenstärkungsmitteln, um auf Mineraldünger aus fossiler Stickstoffproduktion und chemisch-synthetische Pestizide zu verzichten. Ein geschlossener betrieblicher Nährstoffkreislauf gehört zu den Grundprinzipien ökologischer Landwirtschaft. Futtermittel stammen zum großen Teil vom eigenen Betrieb, gedüngt wird mit dem Mist und Gülle aus der Tierhaltung. Dabei ist die Tierhaltung tiergerecht, mit langsam wachsenden, robusteren Rassen. Ökologische Landwirtschaft erzeugt Lebensmittel auf produktive und zeitgemäße Weise. Sie fördert die Fruchtbarkeit und Wasserspeicherfähigkeit der Böden, schützt Pflanzen und Ernte durch vorbeugende Maßnahmen und sorgt für ein ökologisches Gleichgewicht in der Kulturlandschaft und den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Mit gesamtheitlich niedrigeren Kohlendioxid- und Lachgas-Emissionen stößt ökologische Landwirtschaft weniger Treibhausgase aus, ihre Managementpraktiken machen sie widerstandsfähiger gegenüber der Klimaveränderung. Ökologisch bewirtschaftete Böden enthalten in der Regel deutlich mehr organische Substanz wodurch sie Wasser besser speichern können, sie sind reich an biologischer Aktivität und ihr Erosionsrisiko ist geringer. Die Idee der Ökolandwirtschaft, im Sinne der Nachhaltigkeit auf Ertragsmaximierung zu verzichten und nur wenige oder keine Inputs von außen einzusetzen, ist beispielhaft für Suffizienz. Diese Art und Weise, Pflanzen zu schützen, Tiere zu halten und im Kreislauf zu wirtschaften kann natürlich auch im konventionellen Anbau praktiziert werden. Eine standortangepasste kommerzielle Landwirtschaft kommt beispielsweise ohne Import-Futtermittel aus und schützt Pflanzen durch weite Fruchtfolgen.

Wichtig ist die Weiterentwicklung stabiler Mischkultur-Systeme<sup>13</sup> und neu gezüchtete pilzwiderstandsfähige Sorten, v. a. in den Wein- und Obstanlagen. Je mehr Flächen ökologisch bewirtschaftet werden, desto widerstandsfähiger kann die Landwirtschaft insgesamt werden. Agrarforschung und Agrarausbildung in Bayern müssen konsequent am Ziel einer suffizienten Landwirtschaft ausgerichtet werden, die Mittel für die Erforschung robuster, klima- und standortangepasster Sorten müssen deutlich aufgestockt und die Forschung und Beratung zu nachhaltigen, stabilen Fruchtfolgesystemen und Synergien von Mischkultursystemen ausgebaut werden.

Für die Zukunft unserer Ernährung brauchen wir eine klare Strategie für gesundes und nachhaltiges Essen. Die europäische Strategie Farm to Fork – vom Acker bis zum Teller zielt auf eine nachhaltigere und gesündere Ernährung und Lebensmittelerzeugung. Frisches, gutes selbstgekochtes Essen und das Wissen darüber haben in unserer Gesellschaft an Bedeutung verloren. Es gilt, diese Lücke zu schließen und zu zeigen, dass gesunde, nachhaltige Ernährung einfach, gut und günstig sein kann. Eine besondere Rolle spielt dabei die Gemeinschaftsverpflegung. In ihr kann gesunde Ernährung erprobt, gelehrt und geschmeckt werden. Öffentliche Gemeinschaftsverpflegung kann dabei ihre Vorbildrolle nutzen und mit biologischen, regionalen Lebensmitteln frisch und gesund kochen. Vegetarische und vegane Gerichte sollten dabei die Regel sein.

Millionen Tonnen an Lebensmitteln landen pro Jahr im Müll, bei Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Großküchen und Privathaushalten. Wichtig ist das Wissen und die Kreativität, Lebensmittelreste wertzuschätzen, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Das Teilen von Lebensmittelresten im Rahmen von Foodsharing ist ein gutes Beispiel dafür. Ebenso „Containern“, welches wir entkriminalisieren wollen.

In Kindergärten, Kitas und Schulen können Lebensmittel angebaut und geerntet, gemeinsam gekocht und gegessen werden. Wir unterstützen diese Küchen und Gärten aktiv mit einem kommunalen Gärten- und Küchenprogramm und fördern so die Wertschätzung von Lebensmitteln und Esskultur. Wir integrieren diese Themen in die Lehramts- und Erzieher\*innenausbildung und stärken so die Wissensvermittlung über Lebensmittel und ökologische Landwirtschaft und Gartenbau. Das Schulkonzept „Alltagskompetenz und Lebensökonomie“ unter der Dachmarke „Schule fürs Leben“ verdient mehr Raum, als ihm aktuell zugestanden wird. Wir bringen die Handlungsfelder Ernährung, Gesundheit, selbstbestimmtes Verbraucherverhalten, Umweltverhalten und Haushaltsführung als reguläres Schulfach in den Unterricht und ergänzen sie mit den Bereichen Landwirtschaft und Gartenbau.

Die Außer-Haus-Verpflegung hat in den letzten 20 Jahren enorm an Bedeutung gewonnen und versorgt heute ungefähr 15 Millionen Personen täglich. Dabei nahm die industrielle Zubereitung immer mehr zu. So wurden Arbeitskosten reduziert und es entstand ein Conveniencegrad von 80/20: 80 % der Gerichte sind vorgefertigt, 20 % der Arbeitsleistung einer Küche beschränkt sich auf das Erhitzen der Produkte. Das spiegelt sich auch in der Ausbildung der Köch\*innen wider. Deshalb muss die Kochausbildung auf die Zubereitung frischer, gesunder und nachhaltiger Lebensmittel ausgerichtet werden – das beinhaltet auch verstärkt vegane und vegetarische Gerichte.

Trotz wachsender Weltbevölkerung sollten keine Naturflächen mehr in Ackerflächen umgewandelt werden. Daher muss mit bestehenden Ackerflächen umso sorgsamer gewirtschaftet werden. In Deutschland wird etwa die Hälfte der Ackerflächen für den Anbau von Tierfutter verwendet. Ein Drittel der globalen Getreideernte und über drei Viertel der Sojaernte landet im Futtertrog. Die industrielle Tierproduktion verbraucht enorme Mengen an Lebensmitteln. Die Menge an Dünger übersteigt in vielen Regionen das, was im Kreislauf der Landwirtschaft wieder eingesetzt werden kann.

Um die Erzeugung vielfältiger und gesunder Lebensmittel in erforderlicher Qualität und Menge sicherzustellen, muss der ausufernde Fleischkonsum enden, denn er besetzt Ackerflächen für die Futtermittelerzeugung und verursacht massive Umwelt- und Klimaprobleme, ganz abgesehen von den ethischen Aspekten der industriellen Nutztierhaltung. Beim Fleisch kommt es auf die Menge, aber auch auf die Art und Weise an, wie es produziert wird. Der Anteil an Lebensmitteln im Futtertrog könnte in der Rinderhaltung niedrig sein, deutlich niedriger als beispielsweise in der Geflügel- und Schweinemast. Denn für Rinder wäre es ausreichend und sogar gesünder, nur Gras und Heu zu fressen. Trotzdem werden rund 30 Prozent des Rinderfutters in Mitteleuropa aus Getreide und anderen Ackerpflanzen hergestellt. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften für die Schweiz hat folgendes Szenario berechnet: Würde man in der Schweiz Tiere in der Landwirtschaft nur noch mit nicht essbarer Biomasse wie beispielsweise Gras füttern, müsste man den Konsum von Schweinefleisch um 70 Prozent, den von Geflügel sogar um 99 Prozent und den von Eiern um 95 Prozent reduzieren. Bei Milch wären es nur 30, bei Rindfleisch 40 Prozent. Rinder, Schafe und Ziegen sind perfekte Grasverwerter und helfen in vielen Regionen der Erde, Grünlandflächen für die Nahrungsproduktion zu nutzen, auch in Bayern. Sie können sich ausschließlich von Gras und Heu ernähren und müssen somit nicht in Nahrungskonkurrenz zu den Menschen treten. Wir wollen die Weidehaltung und die extensive Tierhaltung in Bayern stärken. Dazu gehört auch, dass wir den Tierbestand zügig reduzieren.

Das derzeitige Ernährungs- und Agrarsystem soll Schritt für Schritt in eine qualitätsbasierte, umweltschonende Wertschöpfungskette umgewandelt werden. Regionale, ökologische Wertschöpfungsketten stärken die regionale Ernährungssicherheit und schaffen nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Sie bedeuten weniger Abhängigkeit, beispielsweise von Futtermittelimporten aus Übersee. Kürzere Transportwege, ökologische Bewirtschaftung und Kreislaufwirtschaft schützen Klima und Umwelt. Die Nähe zwischen dem Ort der Produktion und dem Ort des Konsums von Lebensmitteln verbindet die Menschen mit den Produkten und erhöht die Wertschätzung. Dazu benötigen wir Vernetzung und Beratung, beispielsweise in Form von Biostadtinitiativen, zivilgesellschaftlichen Ernährungsräten und Ökomodellregionen.

### **Best Practice Beispiel: Community Kitchen München**

Jeder von uns isst am Tag zwischen drei und fünf Mahlzeiten. Pro Person landen 118 Gramm an verzehrfähigen Lebensmitteln im Müll - pro Tag. Global liegt der Anteil bei etwa 33%. Allein in München werden in allen Privathaushalten jeden Tag 168 Tonnen verzehrfähige Lebensmittel weggeworfen. Mit weggeworfen werden auch die Verpackungen und die Energie, die in den Herstellungsprozess und Transport geflossen ist.

Das Ziel von Community Kitchen München ist, Lebensmittelverschwendung als drittwirksamste Maßnahme für den Klimaschutz zu reduzieren. Deshalb rettet das Projekt Lebensmittel, die eigentlich weggeworfen werden und verwendet sie für das, wofür sie bestimmt sind: zum Essen. Diese Essen gibt es im Lokal vor Ort und als Catering für Kitas, Schulen und Unternehmen in München sowie im Einmachglas für den Handel und Online-Shop in ganz Deutschland.

## **V. FLÄCHENVERBRAUCH**

---

### **Situationsanalyse**

Im Jahr 2020 lag der Flächenverbrauch in Bayern bei 11,6 Hektar pro Tag. Mit diesem bundesweiten Spitzenwert verfehlt die Staatsregierung ihr eigenes 5-Hektar-Ziel bei Weitem. Rund die Hälfte der Flächen für Verkehr, Wohnen, Industrie und Gewerbe in Bayern ist zudem versiegelt.<sup>14</sup> Wir verlieren Tag für Tag fruchtbaren Boden, der für die Landwirtschaft und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere langfristig verloren ist. Die Zersiedelung erhöht das Verkehrsaufkommen und die Lebensqualität sinkt dort, wo Geschäfte und das öffentliche Leben aus den Ortskernen verschwinden. Durch die Versiegelung von Flächen gehen wertvolle Niederschläge für das Grundwasser verloren, da sie nicht versickern können und schnell abfließen. Dadurch steigt auch das Risiko von Überschwemmungen. Die lokalen Klimabedingungen können sich verschlechtern, wenn der Kühleffekt von ehemaligen Grünflächen verloren geht. Der Flächenverbrauch in Bayern ist seit Jahren auf hohem Niveau und es gibt bisher keine Initiative, um ihn wirkungsvoll zu senken. Dies wollen wir ändern.

### **Ziel: Mit Flächen sparsam umgehen**

Fläche ist eine kostbare und begrenzte Ressource. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten wir mit ihr behutsam und im Sinne der Suffizienz auch sparsam umgehen. Denn die Umwandlung natürlicher in versiegelte Flächen beeinträchtigt ihre ökologische Funktion dauerhaft. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch in Bayern auf 5 ha pro Tag zu reduzieren und langfristig im Sinne einer Kreislaufwirtschaft keine neuen Flächen zu verbrauchen.

## Konkrete Maßnahmen für Suffizienz im Umgang mit Flächen

Wir wollen eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von 5 Hektar pro Tag im Landesplanungsgesetz verankern. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits vorgelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir Richtgrößen für den Flächenverbrauch für die Regionalentwicklung und die Kommunen errechnen und limitierte Flächenverbrauchszertifikate als neues Steuerungsinstrument einführen. Dabei soll 20% der landesweit zur Verfügung stehenden Fläche für überörtliche Vorhaben des Bundes und des Landes reserviert werden. Als Nebeneffekt dieses Systems können bestehende Ungleichgewichte zwischen wirtschaftlich starken und eher strukturschwachen Regionen abgemildert werden. Denn die Flächenziele sind in Boomregionen schwieriger einzuhalten als in strukturschwachen Räumen.

Der Flächenhandel soll für Kommunen primär Anreize schaffen, bevorzugt auf Innenentwicklung zu setzen und bei Neuausweisungen im Außenbereich zurückhaltend vorzugehen. Laut einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung aus dem Jahr 2012 schlummert in Städten und Dörfern ein Potenzial für (Nach-)Verdichtung und Wachstum auf 20.000 bis 30.000 ha bereits bebauten und brachliegenden Flächen. Seien es Baulücken in bestehenden Baugebieten, Leerstände, untergenutzte Gebäude oder Hofstellen, Gebäude mit Leerstandsrisiko oder Gewerbebrachen. Das entspricht in etwa der Fläche, die in den letzten ca. 10 Jahren für Wohnen neu in Anspruch genommen wurde. Durch die Nutzung dieser Potenziale wird nicht nur der Flächenverbrauch gesenkt, es werden auch Ortszentren gestärkt. Gewerbe und Wohnraum werden innerorts gefördert, so dass lebendige Ortschaften erhalten bleiben.

Darüber hinaus soll ein bayernweites Flächen- und Innenentwicklungsmanagement etabliert und gefördert werden. Dazu gehört die Einrichtung von Agenturen für Innenentwicklung auf Landkreisebene, welche die Kommunen bei der Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen unterstützen, einen interkommunalen Ansatz verfolgen und als „Scharnier“ zur Regionalplanung und den Bezirksregierungen fungieren. Die Kommunen brauchen Unterstützung bei der Anwendung planungsrechtlicher Instrumente der Innenentwicklung, ergänzt durch Fortbildungsangebote für Verwaltungen. Das gilt auch für die Erstellung von Bebauungsplänen im Innenbereich als wichtiges Werkzeug zur geordneten Nachverdichtung, da die Planung im bestehenden Baurecht oftmals zeit- und kostenintensiver ist. Im Rahmen der Städtebauförderung werden wir Programme zum Flächensparen in Förderspektrum, Volumen und Antragsberechtigung deutlich ausbauen.

Eine weitere Möglichkeit, um die Innenentwicklung voranzutreiben, ist die Einführung einer Grundsteuer C im bayerischen Grundsteuergesetz. Sie ermächtigt Gemeinden, für innerstädtische, unbebaute, baureife Grundstücke einen erhöhten Hebesatz festzulegen. Das Gleiche gilt für leerstehende Wohngebäude. Somit wird ein Anreiz geschaffen, Baulücken im Innenbereich zu schließen. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung für dichteres Bauen zu steigern, bedarf es einer breit angelegten Informationskampagne, durch die positive Beispiele für eine angepasste verdichtete Bauweise vor allem in Gemeinden ländlicher Räume kommuniziert werden. Den baukulturellen Wandel wollen wir durch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs voranbringen.

Flächensuffizienz geht Hand in Hand mit einem sparsamen Straßenbau, denn sie ist Ursache und Wirkung zugleich: durch eine erfolgreiche Innenentwicklung werden Wegelängen verkürzt und die Bewältigung von Wegen zu Fuß oder mit dem Fahrrad ermöglicht. Gleichzeitig reduziert der sparsame Straßenbau an sich den Flächenverbrauch. Außerdem unterstützt Suffizienzorientierung im Bereich Bauen und Wohnen das Flächensparen, denn kluge Konzepte bei Wohnungsbau und Wohnraumnutzung sorgen dafür, dass jede\*r nur so viel Wohnfläche nutzt, wie benötigt.

## Best Practice Beispiel: Mehrgenerationenhaus im Ortskern Langenfeld

In der mittelfränkischen Gemeinde Langenfeld wurde durch eine ehrenamtliche Arbeitsgemeinschaft die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses angestrebt. Im Jahr 2008 konnte eine leerstehende Scheune in zentraler Lage für diesen Zweck umgebaut werden – die “Dorflinde” entstand. Heute ist die Dorflinde ein Zentrum für den sozialen Austausch mit vielseitigem Angebot für alle Bürger\*innen. Sie beherbergt unter anderem Seniorentreffs, Krabbelgruppen, bietet Bildungsangebote und ein Tagescafé. In der unmittelbaren Umgebung sind barrierefreie Wohnungen entstanden. Die Dorflinde ist ein schönes Beispiel für gelungene Innenentwicklung und Flächensuffizienz - anstatt des Baus eines neuen Gebäudes konnte ein altes renoviert und nun vielseitig genutzt werden. Darüber hinaus steigert sie das soziale Angebot und damit die Attraktivität der ländlichen Gemeinde.<sup>15</sup>

## VI. BAU UND WOHNEN

---

Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Zuhause soll Geborgenheit, Rückzugsmöglichkeit, Behaglichkeit und Platz zur Entfaltung für alle Bewohner\*innen bieten. Gleichzeitig haben die Errichtung, Nutzung und Entsorgung von Gebäuden großen Einfluss auf Umwelt und Klima. So verursachen Bau und Betrieb von Gebäuden 40 % des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und 52 % unseres Müllaufkommens. Alleine in Deutschland werden jährlich 517 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe verbaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft, Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teils höchst problematische Hilfs- und Zusatzstoffe. Diese Zahlen zeigen, dass der Bausektor ein enormes Potenzial für den Schutz von Klima und Umwelt bietet. Klug zu bauen und Gebäude intelligent zu nutzen, kann den ökologischen Fußabdruck des Wohnens deutlich senken. Jeder Quadratmeter Wohnfläche bindet Ressourcen und graue Energie – im Sinne der Nachhaltigkeit und Suffizienz sollte jede\*r daher nur so viel Wohnraum benützen, wie benötigt.

Derzeit wird in keinem anderen Bundesland so viel gebaut wie in Bayern. In den Jahren 2015 bis 2020 hatte der Bau von Wohnraum mit 38,3 % den größten Anteil am Flächenverbrauch.<sup>3</sup> Zentrale Aufgabe bei der Schaffung von Wohnraum muss der schonende und sparsame Umgang mit Flächen in Stadt und Land sein. Das Ziel, die jährlich neu verbrauchte Fläche auf fünf Hektar pro Tag zu reduzieren, ist mit dem Ziel, ausreichend Wohnraum zu schaffen, vereinbar, wenn durchdacht gebaut und gewohnt wird. Momentan wird jedoch ein besonders hoher Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut, in ländlichen Regionen wird dafür oft mehr Bauland ausgewiesen als nötig. An differenzierten Mietwohnungen in ländlichen Kommunen mangelt es hingegen. Dieser Trend führt, gemeinsam mit immer kleiner werdenden Haushalten, dazu, dass viele Menschen größere Wohnflächen bewohnen, als benötigt. Sind beispielsweise die Kinder aus dem Haus, so verbleiben Eltern oft in Immobilien, die für ihre Bedürfnisse eigentlich zu groß sind, da die Alternativen fehlen. In den vergangenen Jahren hat die Wohnfläche pro Wohneinheit und pro Kopf konstant zugenommen – von 37 m<sup>2</sup> im Jahr 1987 auf 48,3 m<sup>2</sup> im Jahr 2019.<sup>16</sup> Weniger Wohnfläche muss nicht weniger Komfort bedeuten. Kluger Wohnungsbau senkt die Infrastrukturkosten für Kommunen, für Bürgerinnen und Bürger bedeutet weniger Wohnfläche auch geringere Haltungskosten,<sup>17</sup> geringere Heizkosten, weniger Arbeit zur Instandhaltung und somit mehr Zeit für andere Dinge.

### Ziel: Wohnen dem Leben anpassen

Suffizienz bei Bauen und Wohnen bedeutet, nur das zu bauen und zu bewohnen, was gebraucht wird und ganz bewusst auf ein „zu viel“ oder „zu groß“ zu verzichten. Es bedeutet, dass den Menschen die Möglichkeit eröffnet wird, nur so viel Wohnraum zu benützen, wie sie in der aktuellen Lebensphase

benötigen. Dafür müssen klassische Wohnkonzepte neu gedacht werden. Eine neue Art des Wohnens bietet das Potenzial, günstiger zu wohnen und trotzdem reicher zu leben. Da wir oft an unseren Wohnort und an unsere Nachbarschaft gebunden sind, müssen Wohnkonzepte umso klüger erdacht sein, um sich auf wechselnde Anforderungen einstellen zu können. Nachhaltigkeit und Suffizienz beim Bauen und Wohnen sind auf die richtigen politischen Rahmenbedingungen angewiesen. Was heute gebaut wird, soll auch in einigen Jahrzehnten in einem guten Zustand sein. Beim Bauen gilt: Erhalt, Ausbau und Sanierung vor Neubau. Der Vorrang muss auf Innenentwicklung, maßvoller Nachverdichtung und flächensparendem Bauen liegen.

## Maßnahmen für Suffizienz bei Bauen und Wohnen

Damit Menschen die Möglichkeit haben, den Wohnraum der Lebenslage anzupassen, braucht es in der Stadt und auf dem Land ein vielfältiges Wohnungsangebot für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensphasen, das den Bedürfnissen einer modernen, sozial- und umweltgerechten Gesellschaft entspricht. Die staatliche Wohnraumförderung sehen wir Grüne als Königsweg, mit dem langfristig ein hochwertiger bezahlbarer Wohnungsbestand geschaffen werden kann, damit Menschen in verschiedenen Lebensphasen passenden Wohnraum finden. Auch Gemeinschaftsräume, geteilte Räume oder Treffmöglichkeiten reduzieren den individuellen Wohnraumbedarf. Wir wollen, dass die Förderprogramme des Landes für den sozialen Wohnungsbau und die Städtebauförderung in einem integrativen Ansatz stärker miteinander verzahnt werden. So sollen nicht nur Sozialwohnungen gefördert werden, sondern beispielsweise auch Bewohner\*innentreffs, Quartiersplätze, Gemeinschaftsgärten im Quartier oder ökologische Maßnahmen. Denn dies fördert Nachbarschaften, in denen gegenseitige Hilfe und Solidarität gelebt werden. Unterstützen wollen wir die Maßnahmen durch ein Landesprogramm zur Quartiersentwicklung. Gleichzeitig werden wir die Förderschwerpunkte und die Mittel für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm deutlich ausweiten, um vor allem in kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum die städtebauliche Erneuerung voranzubringen. Gemeinschaftliches Wohnen und die Verbindung von Wohnen und Arbeiten werden zunehmend nachgefragt und können in unterschiedlichen Rechtsformen wie Mietgruppe, Baugemeinschaft, Miethäusersyndikat oder Genossenschaft realisiert werden. Wir wollen neuen Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung tragen und gemeinschaftliche, experimentelle und genossenschaftliche Wohnformen besonders unterstützen.

Wir werden die Einrichtung von Co-Working-Spaces, etwa in öffentlichen Einrichtungen, unterstützen und fördern. Verschiedene Nutzungen wie Gewerbe, Dienstleistungen und Wohnen wollen wir wieder zusammenführen und setzen bei der Grundrissgestaltung auf mehr Flexibilität. Darüber hinaus werden wir Wohnungsbau ohne Flächenfraß auf Dächern, Park- und Sportplätzen sowie Flachbauten wie z.B. Supermärkten mittels Praxisbeispielen und Handreichungen zur Umsetzung fördern. Auch Wohnraummanagement kann dazu beitragen, den bestehenden Wohnraum besser zu nutzen. So kann es beispielsweise helfen, zu groß gewordene Wohnungen wieder für Familien zur Verfügung zu stellen. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen fördern wir Umzüge, Umbauten und Wohnungstausch durch Information, Beratung und Zuschüsse. Um Anreize zur Wiedervermietung leerstehender Wohnungen zu setzen, wollen wir Kommunen bei der Vermietung von Leerständen mit einer Wiedervermietungsprämie unterstützen, wenn dafür im Gegenzug preisgebundener Mietraum bereitgestellt wird.

Darüber hinaus helfen modulares und serielles Bauen, Wohnraum flexibler zu nutzen. Es kann dazu beitragen, Bauen nachhaltiger zu gestalten, indem Gebäude so konstruiert werden, dass sie auseinandergelöst und die einzelnen Elemente wiederverwendet werden können. Auch beim Innenausbau können flexible Raumelemente eingesetzt werden, um Wohnraum je nach Bedarf zu erweitern oder zu verkleinern. Zudem kann es einen Schub zur Sanierung des Gebäudebestandes leisten, z.B. nach dem Energiesprung-Prinzip.<sup>18</sup> Modulbauweisen und serielles Bauen wollen wir stärken und ausweiten.

Ökologische und energieeffiziente Sanierung sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen, Bautechniken und regenerativer Energien machen wir zum Standard. Die Wahl der Baumaterialien beeinflusst maßgeblich den Gesundheitszustand der Nutzer\*innen von Gebäuden und unserer Umwelt. Wir setzen deshalb auf regionale, nachwachsende und gesunde Bau- und Dämmmaterialien. Den Einsatz nachwachsender Rohstoffe aus Stroh, Hanf, Schilf, Lehm, Flachs, Kork, Roggen oder Pilzen im Neubau und bei der energetischen Sanierung wollen wir fördern. Das Bauen mit Holz trägt erheblich zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit zum Klimaschutz bei. Holz kann zudem einen Beitrag zur raschen Bereitstellung von dringend benötigtem Wohnraum leisten. Ganze Gebäudeteile lassen sich vorfertigen und auf der Baustelle rasch und kostengünstig aufbauen. Holz ist zudem leichter als Stahl und Beton und damit hervorragend für Dachausbauten geeignet. Auch im sozialen Wohnungsbau bietet sich mehrgeschossiger Holzbau für neue Lösungen an. Wir wollen eine Holzbauoffensive im Freistaat starten, um die Holzbauquote zu erhöhen. Der Einsatz von heimischem Holz als Baustoff muss dabei immer im Einklang mit Waldbau und -entwicklung stattfinden, um auf Holzimporte möglichst verzichten zu können.

Bauen soll vermehrt ohne Neubau auskommen, denn bestehende Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Das Umbauen und Modernisieren wird immer wichtiger, leichtfertiger Abriss muss vermieden werden. Bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit eines Bestandsgebäudes sollte deshalb nicht nur der aktuelle Energiebedarf für den Betrieb, sondern auch die bereits in den Mauern des Gebäudes gebundene graue Energie berücksichtigt werden. In der Bayerischen Bauordnung wollen wir vor diesem Hintergrund Nachhaltigkeitskriterien und Ressourcenschonung verankern und die Sanierung von Bestandsgebäuden erleichtern. Den Abbruch von Gebäuden wollen wir weitestgehend vermeiden. Wenn es doch unumgänglich ist, setzen wir auf die Recyclingfähigkeit von Bauprodukten und Bauarten, indem Rohstoffe systematisch erfasst und zurückgewonnen werden. Zusätzlich fördern wir den Einsatz von Recycling-Baustoffen. Siedlungsflächen und ihre Infrastruktur können das Materiallager der Zukunft bilden, die Fundgrube für Urban Mining.

### **Best Practice Beispiel: Gemeinsam wohnen im Alter**

Die Alter-native-lebens-Art ist ein privates Projekt für gemeinschaftliches Wohnen in der Nähe von Freising in Oberbayern. Dabei steht jede\*r Bewohner\*in ein eigener Wohnbereich zur Verfügung, ergänzt durch Gemeinschaftsküche, Gemeinschaftswohnung, Gästezimmer und einen gemeinschaftlich genutzten Garten. Aber auch Fahrzeuge, Werkstatt und Geräte werden geteilt. Die Idee ist, nach der Familienphase und dem Eingespanntsein in den Arbeitsprozess zu einer Gemeinschaft mit anderen Gleichgesinnten zu finden. Im Mittelpunkt steht zusammen Wohnen, Arbeiten und Freizeitgestaltung sowie gegenseitige Hilfe im Alter. Die Bewohner\*innen des Projekts waren nach eigener Angabe auf der Suche nach einer Alternative zum Üblichen. Die Veränderung der individuellen Wohnsituation, mit weniger "eigenem" und mehr "geteilten" wird dabei bewusst gewählt - ein gutes Beispiel für modernes, der Lebensphase angepasstes Wohnen.<sup>19</sup>

## VII. TOURISMUS & FREIZEIT

---

### Situationsanalyse

Der Tourismus ist in vielen Regionen Bayerns ein wichtiges Standbein der regionalen Wirtschaft. Das Jahr 2019 war das erfolgreichste mit über 40 Millionen Gästeankünften und über 100 Millionen Übernachtungen. Bayern war damit Tourismusland Nummer 1 in Deutschland. Eine Analyse des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr beziffert die touristischen Umsätze in Bayern auf 34,2 Milliarden Euro für das Jahr 2019. Davon entfallen knapp 50 % auf das Gastgewerbe, etwa ein Drittel auf den Einzelhandel und knapp 20 % auf Dienstleistungen.

Trotz seiner wirtschaftlichen Bedeutung steht Tourismus jedoch wegen seiner vielschichtigen Auswirkungen auf Natur und Klima häufig in der Kritik, da es sich beim Reisen weniger um überlebenswichtige Notwendigkeiten, sondern vielmehr um Luxus handelt. Touristische Aktivitäten wirken sich unter anderem auf Flächeninanspruchnahme und somit auf die Ökosysteme und die Biodiversität aus, zum Beispiel durch den Bau von Hotelanlagen oder Skipisten. Darüber hinaus stößt Reisen in der Regel Klimagase aus. Ein Großteil des ökologischen Fußabdruckes entsteht bei der An- und Abreise; bei den Tagesreisen fällt dies noch stärker ins Gewicht, denn bei Kurzreisen wird das Auto überproportional genutzt. Dies gilt insbesondere für ländliche Gebiete. Die Klimawirkungen von Flugreisen sind erheblich. Aber auch die Mobilität während des Aufenthalts, Unterbringung und Verpflegung spielen eine Rolle. Die Art, wie mit Tourismus gewirtschaftet wird und wie wir reisen, sollte deutlich nachhaltiger werden, als sie derzeit ist.

### Ziel: bewusstes Reisen für Touristen und Bürger\*innen vor Ort

Suffizienz im Tourismus bedeutet eine sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Reisen. Und das auf allen Ebenen – von der Reisenden selbst, über den Beherbergungsbetrieb bis hin zum Management am Aufenthaltsort. Die Folgen: ein bewussteres Tourismuserlebnis, gesteigerte wahrgenommene Qualität, regionale Wertschöpfung, lokale Gesellschaftsverträglichkeit, klimaschonende Mobilität für alle und die Erhaltung der Grundlage für all das, einer intakten Natur und Umwelt. Suffizienz beim Reisen schaffen wir durch ein stärkeres Bewusstsein bei allen Akteur\*innen, durch seltenere Reisen, eine längere Aufenthaltsdauer und intensivere Reiseerlebnisse der Gäste. Und durch einen Fokus in der Erfolgsmessung auf Qualität und Wertschöpfung vor Ort statt neuer Rekorde in Ankunfts- und Übernachtungszahlen. Dafür müssen wir heute die Weichen für die Zukunft stellen. Tourismus ist nur zukunftsfähig, wenn er ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig ist.

### Konkrete Maßnahmen für mehr Suffizienz bei Reisen und Tourismus

Wir wollen das Tourismusland Bayern jetzt fit für die Zukunft machen. Unser Weg zu einem nachhaltigen Tourismus konzentriert sich unter anderem auf den umsichtigen Ausbau von Infrastruktur und Mobilität, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt der bayerischen Gastfreundschaft und der Sicherung eines hochqualitativen Tourismus für alle.

Im Sinne der Suffizienz wollen wir, dass An- und Abreise ohne eigenen PKW möglich sind. Das entlastet Straßen, Klima und Anwohner\*innen. Mit dem Zug in die Region, weiter mit dem Bus zur Unterkunft und zum Tagesausflug mit Rad, Sammeltaxi, Rufbus. Dazu gehören auch Qualitätsverbesserungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, beispielsweise beim Transport des Gepäcks und der Mitnahme von Sportgeräten. Wir unterstützen Urlaubs- und Ausflugsregionen dabei, Konzepte für nachhaltige Mobilität

am Urlaubsort zu entwickeln und umzusetzen. Dies gilt auch für Regionen mit starkem Tagestourismus, welcher meist Herausforderungen wie Verkehrsbelastung und angespannte Parkplatzsituationen mit sich bringt. Darüber hinaus fördern wir für Tagesausflüge und Hotspot-Regionen die Erarbeitung von Besucher\*innenlenkungs-konzepten. Wie für alle Wirtschaftsbereiche fordern wir auch im Tourismus eine Reduktion des Energieverbrauchs insbesondere in öffentlichen Einrichtungen, aber auch in allen Betrieben durch energetische Sanierungen.

Es müssen nicht immer ferne Länder und namhafte Attraktionen sein. Auch die Natur vor der Haustür bietet interessante und spannende Einblicke, vor allem in Naturschutzgebieten oder Nationalparks. Gerade Gebiete, wo die Natur ohne menschliche Nutzung erhalten wird, den sogenannten "Wildnisgebieten", lassen sich Naturerlebnisse nachhaltig vermitteln. Um hier zu kurzen Wegen zu kommen, muss das Netz dieser Gebiete deutlich verdichtet werden. Für den Schutz und ein besseres Verständnis sensibler Gebiete fördern wir den Einsatz von Ranger\*innen. Wir setzen uns für einen dritten Nationalpark für Bayern ein, denn er hat großen touristischen Wert: Nationalparks bieten den Regionen touristische Wertschöpfung, sind attraktive regionale Reiseziele für naturverträglichen Fremdenverkehr und tragen einen wichtigen Teil zur Umweltbildung der Gäste bei. Wir fordern deshalb neben dem Bayerischen Wald und dem Berchtesgadener Land einen weiteren Nationalpark im Steigerwald. Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative "Bergsteigerdörfer" sowie die Schaffung des Siegels Naturerlebnisdörfer für Gemeinden außerhalb des Alpenraumes, die einen Tourismus in Einklang mit Natur und Menschen vor Ort leben.

Schneesicherheit ist nur noch durch umweltbelastende und sehr teure Maßnahmen herzustellen. Laut Spiegel (Ausgabe 21.3.2015) kostet ein Kilometer beschneite Piste im Bau gut eine halbe Million Euro. Da sich die Schneesituation in den kommenden Jahren voraussichtlich verschlechtert, wollen wir im Wintertourismus kein Steuergeld mehr für Schneekanonen ausgeben. Wir beenden die Förderung des Neu- und Ausbaus von Beschneiungsanlagen aus den Programmen „Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen“ (RÖFE) und Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Zudem überarbeiten wir das Seilbahnförderprogramm umfassend mit Blick auf die Nachhaltigkeit der geförderten Investitionen. Darüber hinaus schaffen wir verbindliche Regelungen für den Rückbau touristischer Infrastrukturanlagen. Die Veränderungen durch den Klimawandel machen es notwendig, in betroffenen Regionen, in denen der Skitourismus nicht mehr möglich sein wird, Alternativen zu entwickeln, die den Ganzjahresurlaub fördern.

Etwas seltener, dafür länger und bewusster reisen - eine längere Aufenthaltsdauer mindert den ökologischen Fußabdruck der Reise, reduziert Stress und steigert gleichzeitig die Wertschöpfung vor Ort. Ein vielfältiges Angebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen, barrierearme Angebote und Offenheit und Toleranz schaffen Teilhabemöglichkeiten und sorgen für angenehme Reisen und positive Erlebnisse der Gäste. Auch die Bevölkerung vor Ort profitiert von Lebensqualität, Freizeitangebot und Infrastruktur. Sie muss bei geplanten Projekten frühzeitig informiert und eingebunden werden. Ehrliche Gastfreundschaft bleibt erhalten, wenn der Tourismus den Einheimischen nutzt und sie nicht belastet. Für ein bewussteres Reiseerlebnis fördern wir Akteur\*innen im Tourismus, die professionelle Beratung und Begleitung in Anspruch nehmen wollen, um in Zeiten der Digitalisierung auf dem aktuellen Stand zu sein. Wir unterstützen Initiativen aus der Tourismusbranche, die sich für bio-regionale Verpflegung in Tourismus und Gastronomie einsetzen.

### **Best Practice Beispiel: Die Jugendherbergen in Bayern**

Der Landesverband Bayern des deutschen Jugendherbergswerks hat sich dem Thema Nachhaltigkeit auf mehreren Ebenen verschrieben. Die Jugendherbergen verstehen sich seit jeher als Reise- und Erlebnisort für alle - unabhängig von Herkunft, Handicaps oder Geldbeutel. Außerdem sehen sie auch die ökologische

Nachhaltigkeit als ihre Verantwortung und bringen Initiativen zum Beispiel zu bioregionaler Verpflegung, zum Wassersparen und zur Kreislaufwirtschaft voran. In Workshops, Angeboten zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Themenreisen können die Gäste sich zudem selbst kritisch mit ihrem Konsum auseinandersetzen und neue Impulse bekommen. Die bayerischen Jugendherbergen fördern somit ein bewusstes, regionales und naturverbundenes Reisen.

**Martin Stümpfig, MdL**  
**Rosi Steinberger, MdL**  
**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**im Bayerischen Landtag**

**August 2022**

#### **Quellenangaben:**

- 1 Umweltbundesamt: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/erdueberlastungstag-deutsche-haben-ressourcen-fuer>
- 2 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie; MONITORING BERICHT ZUM UMBAU DER ENERGIEVERSORGUNG BAYERNS Berichtsjahr 2020; [https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwi/publikationen/pdf/2022-02-02\\_Monitoringbericht\\_2020\\_12.01\\_BF.pdf](https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2022-02-02_Monitoringbericht_2020_12.01_BF.pdf)
- 3 [https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwi/publikationen/pdf/2021-10-19\\_Energiedaten\\_Bayern\\_Schaetzbilanz2020.pdf](https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2021-10-19_Energiedaten_Bayern_Schaetzbilanz2020.pdf)
- 4 Profijt, M. (2018). Mobilitätssuffizienz: Grundlagen, Messung, Förderung. Oekom-Verl.
- 5 Die Dienstgeberabgabe ist eine zweckgebundene Abgabe der Arbeitgeber, die in Wien zur Finanzierung des U-Bahn Baus eingeführt wurde.
- 6 Der Deutschlandtakt steht für einen fahrplanbasierten Ausbau der deutschen Schieneninfrastruktur, um den Personen- und im Güterverkehr auszubauen. (Siehe <https://www.deutschlandtakt.de/>)
- 7 <https://www.boell.de/de/2018/12/07/zuerich-welthauptstadt-des-oepnv>
- 8 Umweltbundesamt:  
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/erdueberlastungstag-deutsche-haben-ressourcen-fuer>
- 9 <https://www.gruene.de/artikel/koalitionsvertrag-mehr-fortschritt-wagen>
- 10 <https://circulareconomy.europa.eu/platform/en/good-practices/light-service-green-performance-economy-schiphol-airport>
- 11 <https://energysufficiency.de/wp-content/uploads/2022/04/GermanZero-2021-Massnahmen-fuer-ein-15-Grad-Gesetzespaket.pdf>
- 12 <https://www.ews-schoenau.de/ews/kampagnen/dreifacher-klimaschutz/>
- 13 Mischkultur meint den Anbau verschiedener Sorten auf der gleichen Fläche mit der Absicht, auf diese Weise Nützlinge zu fördern und Pflanzenkrankheiten zu vermeiden.
- 14 Miosga, M. (2021). Flächensparen und Wohnraumversorgung. KlimaKom gemeinnützige eG
- 15 <https://www.dorflinde-langenfeld.de>
- 16 Miosga, M. (2021). Flächensparen und Wohnraumversorgung. KlimaKom gemeinnützige eG, S.23
- 17 Miosga, M. (2021). Flächensparen und Wohnraumversorgung. KlimaKom gemeinnützige eG, S. 34
- 18 Der Begriff ist niederländisch und steht für ein neues Konzept zur energetischen Sanierung.  
<https://www.energiesprong.de>
- 19 <http://alter-native-lebens-art.de/>

## KONTAKT

---



**Martin Stümpfig, MdL**

Sprecher für Energie und Klimaschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2467

[martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:martin.stuempfig@gruene-fraktion-bayern.de)  
[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)



**Rosi Steinberger, MdL**

Sprecherin für Verbraucherschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2753

[rosi.steinberger@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:rosi.steinberger@gruene-fraktion-bayern.de)  
[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)